

Die Briefe von **Mouvement Communiste**

nummern 5

november 2002

1 euro

PALÄSTINA: ZWEI STAATEN GEGEN DAS PROLETARIAT

Die Tausende von Toten, Verwundeten, Gefolterten und Gefangenen stellen nur den Gipfel des Gebirges der Leiden dar, welche die palästinensischen und israelischen Proletarier erdulden, die sich in einem endlosen Konflikt gegenüberstehen, der kaum ihre Sache ist. Diese erbitterte Konfrontation mit der zweifachen Dimension eines Kriegs zwischen zwei Staaten und eines Bürgerkriegs zwischen zwei Völkern ist selbst Geisel und Vorwand aller ökonomischen, politischen, diplomatischen und militärischen Netze, welche die großen und kleinen Imperialismen in der Region seit dem Zweiten Weltkrieg spinnen.

Noch heute tragen die Gottesbesessenen des Okzidents und Orients im Namen der palästinensischen Sache das Schwert überallhin im Nahen Osten, in die kaukasischen Länder, bis zum Fernen Osten. Im Namen einer Lösung dieser besagten niemals wirklich untersuchten aber immer berufenen Frage befassen oder enthalten sich die internationalen imperialistischen Koalitionen mit ihr. Nach Aussagen der zukünftigen Kriegsführenden wird auch der nächste IrakKrieg in ihrem Namen geführt werden. Aber was hat es auf sich und vor allem was bedeutet der neuerliche israelischpalästinensische Krieg für das Proletariat der Region und im weiteren Sinne für die Arbeiterklasse der ganzen Welt?

Bevor wir die aktuelle Situation unter all diesen Gesichtspunkten betrachten und die etwaigen Möglichkeiten einer proletarischen Erhebung wahrzunehmen versuchen, ist es notwendig auf die jüngere Geschichte seit der ersten Intifada zurückzukommen.

ETWAS NEUERE GESCHICHTE

Das angekündigte Scheitern der Verträge von Oslo

Man muß sich daran erinnern, daß die Verträge von Oslo 1993 nach dem IrakKrieg im Kontext des amerikanischen Triumphes und ihres israelischen Verbündeten unterzeichnet wurden, während die PLO sich in äußerster Bedrängnis befand. Sie setzten für einen Übergangszeitraum von fünf Jahren eine palästinensische Verwaltung ein, deren Jurisdiktion Cisjordanien und den GazaStreifen abdecken sollte. Die Lösung der heikelsten Probleme, vor allem das der Flüchtlinge, Jerusalems und der Siedlungen wurden auf die Schlussverhandlungen verschoben.

Zwei Jahre nach dem Beginn der Übergangsperiode, d.h. am 4. Mai 1996, sollten die Gespräche über den endgültigen Status von Cisjordanien, Gaza und Jerusalem beginnen. Aber von Anfang an sträubte sich die sozialdemokratische Regierung und bremste mit allen Vieren, um Zeit zu gewinnen um irreversible Machtverhältnisse zu schaffen und die palästinensische Verwaltung vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Zunächst wurden bestimmte Verpflichtungen nicht eingehalten, wie den Bau einer sicheren Verbindung zwischen Cisjordanien und Gaza, die Freilassung palästinensischer politischer Gefangenen und die Regelung der Forderung nach Rückkehrrecht für 1967 vertriebene Personen. Man hatte keinen Schiedsmechanismus für den Fall der Verletzung der Verträge durch eine der Parteien vorgesehen, der gute Geist Amerika stellte sich letzten Endes immer auf die Positionen der sozialdemokratischen Regierung.

So verfolgte diese munter die Siedlungspolitik weiter und wurde darin gefolgt von der von Benjamin Netanjahu angeführten Rechten, nachdem diese im Mai 1996 an die Macht gekommen war. Zwischen 1993 und 1998 stieg die Zahl der Siedler in Cisjordanien und dem GazaStreifen von 110 000 auf 169 000. Diese Siedlungen zeigen ganz offensichtlich die Verantwortlichkeit des israelischen Staates. Sie sind alle in der Zone C gelegen, welche die Verträge von Oslo 2 vom 28. September 1996 als solche definieren, die Cisjordanien in drei Zonen, A, B und C teilen. Die Zone C steht unter totaler

administrativer und militärischer Kontrolle Israels. Sie umfasst ungefähr 60 % des Territoriums und die gesamte israelische, sowie 10 % der palästinensischen Bevölkerung.

Die große Mehrheit der Wasserstellen befindet sich in der Zone C. Seit 1967 wurde das Wasser in den besetzten gebieten unter militärische Kontrolle gestellt und den arabischen Ansässigen wurde verboten, neue Brunnen zu graben, während die jüdischen Siedlungen ohne Einschränkung solche bohrten. Nach Angaben der Weltbank werden 90 % des Wassers in Cisjordanien zu Gunsten Israels genutzt, die Palästinenser verfügen über die 10 restlichen Prozente.

Nach viele offizielle Quellen, war der »große Pazifist" Itzhak Rabin indem er sich nach den Einschätzungen der Armee richtete, welche die für die Sicherung des Landes und den Schutz der Anpflanzungen notwendigen Orte definierte nicht bereit, am Ende der Übergangsperiode der palästinensischen Verwaltung mehr als die Hälfte Cisjordaniens zu überlassen.

So kontrollierte die Verwaltung am Ende des Autonomiezeitraums (militärisch und administrativ) tatsächlich nur 10 % Cisjordaniens und zwei Drittel von Gaza. Für die israelische Regierung sind die Vorteile dieses Friedensprozesses beeindruckend. Tatsächlich hatte sie im Wesentlichen nicht mehr die Sicherheit in den palästinensischen Zonen zu gewährleisten, damit geben sich nun die Bullen Arafats ab. Einen großen teil der finanziellen Lasten der Okkupation ist man losgeworden, weil die internationale Gemeinschaft mit einer massiven Kapitalzufuhr den Palästinensern das Überleben und der ArafatClique, sich zu mästen, ermöglichte. Die Besiedlung der strategischen Zonen Cisjordaniens und die »Judaisierung« OstJerusalems konnte weitergehen.

Von Oslo 2 bis Camp David

Der Gipfel von Camp David, der vom 11. 25. Juli 2000 stattfand, sollte ermöglichen, die wichtigsten israelischpalästinensischen Streitpunkte anzugehen: das Schicksal der Flüchtlinge, der Status von Jerusalem, die Zukunft der Siedlungen und die Festlegung der Grenzen. In Anwendung der Resolution 242 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen verlangte die palästinensische Verwaltung die Rückkehr des gesamten 1967 besetzten arabischen Teils von OstJerusalem unter ihre Souveränität, wobei jedoch das jüdische Viertel innerhalb der Mauern ebenso wie die Klagemauer bei Israel bleiben sollten.

Die israelische Regierung ihrerseits wollte nur der Souveränität der palästinensischen Verwaltung über die peripheren Viertel und Dörfer zustimmen, ebenso wie einer Art Autonomie in den moslemischen und christlichen Vierteln der Altstadt und der Sektoren außerhalb der Mauer. Die Verwaltung hätte dort ihre Hauptstadt installieren können.

Darüber hinaus schlug Israel die Rückgabe von mehr als 90 % Cisjordaniens vor, des Restes, der annektiert war und den Hauptteil der Siedlungen umfasste. Die vom sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Ehud Barak vorgeschlagenen territorialen Konzessionen entsprechen einer reduzierten Version der 22 % des Landes, die nach dem Krieg 1948/1949 den Palästinensern überlassen worden waren.

Hinsichtlich der Flüchtlinge, welche Produkte der zionistischen Politik der ethnischen Säuberung von 1948 sind, die aus dem MandatsPalästina nahezu die Hälfte ihrer arabischen Bevölkerung geräumt hat, schlug Israel die Aufnahme von 5 000 bis 10 000 Flüchtlingen über einen Zeitraum von zehn Jahren vor und verweigerte jede Feststellung des Rückkehrrechts (Resolution 194 der Vereinten Nationen) ebenso wie jede Anerkennung seiner historischen Verantwortung für die Entstehung des Flüchtlingsproblems.

Für Israel kommt nicht in Frage, dass die palästinensischen Flüchtlinge, die aus Gebieten kommen, die vor 1967 innerhalb seiner Grenzen lagen, auf ihren Boden zurückkehren. Das Scheitern dieses letzten amerikanischen Versuchs, die gefährlichste geostrategische Bombe im Nahen Osten zu entschärfen, geht zu gleichen Teilen auf die beiden direkt betroffenen Staaten zurück.

Einige informelle Gespräche und Gipfel, die auf Camp David folgten (besonders die in Scharm elScheich am 17. Oktober 2000 und in Taba Ende Januar 2001) trugen kein weiterführendes Element bei. Einige Tage vor den israelischen Wahlen vom 6. Februar 2001 wird jeder offizielle Kontakt zwischen den beiden Staaten unterbrochen.

Seither wird es für die palästinensische Seite jeden Tag offensichtlicher, dass die Konzessionen der PLO an Israel der großen Mehrheit der Bevölkerung Cisjordaniens und Gazas nichts Konkretes

gebracht haben. Im Gegenteil, ihre materielle Situation verschlechterte sich trotz der fantastischen Versprechungen, die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der Verträge von Oslo gemacht wurden, eine Ära des Friedens und der Prosperität für die Bevölkerung der Region zu eröffnen.

Als Konsequenz muss festgestellt werden, dass sieben Jahre nach dem Abschluss dieser Verträge, mit Ausnahme der korrupten Minderheit, die vom Klientelismus der Fatah und von der von ihr durchgeführten Verteilung der internationalen Hilfsgüter lebt, für die große Mehrheit sich die Autonomie auf Fortsetzung der Besiedlungen, Zunahme der Arbeitslosigkeit und Verschärfung der Repression reimt.

DIE ÖKONOMISCHE DIMENSION DES KONFLIKTS IST ZENTRAL

Israel: Das Gespenst der Krise taucht wieder auf

Nach dem letzten Bericht, 2001, der Zentralbank des Landes erfuhr Israel die erste Rezession seiner Geschichte (0,6 % des BIP). Dieses Jahr setzte sich das genauso fort (1 %) und das nächste Jahr auch (die Vorhersagen drehen sich um einen neuerlichen Rückgang um 1 %). Die letzte zyklische Krise in den Vereinigten Staaten, welche die Exportmärkte für israelische Informations und Kommunikationstechnologie verengte und der in Cisjordanien und Gaza geführte Krieg haben die israelische Ökonomie an den Rand des Abgrunds geführt. Man muss wissen, dass die Hälfte des BIP Israels durch Export und vor allem durch Export von Waren, die als Hochtechnologieprodukte eingestuft werden, zu Stande kommt. Die Anzeichen künden eine größere Krise an. Die Industrieproduktion ist seit 2001 stark rückläufig (4 % in den ersten acht Monaten des Jahres), während die Preise 2002 in einer Größenordnung von 6 bis 8 % ansteigen dürften (im Vergleich dazu betrug die Steigerung 2001 1,4 %).

Wenn man den verstaatlichten Bereich ausnimmt, der von öffentlichen Ausgaben alimentiert wird, fiel das BIP nach Aussagen der Bank Leumi 2001 um 2,4 % und dürfte 2002 um 2,9 % fallen. Der Umsatz im Tourismus sackte 2001 auf 50 % (der erste Rückgang seit 1953) und dürfte 2002 noch einmal 80 % verlieren und reduziert so das BIP um 1,5 bis 2 %. Die Exporte dürften 2002 um 5 % zurückgehen nach einem Rückgang 2001 von 11,7 %. Das Handelsdefizit, das 2001 1,9 Milliarden Dollar betrug, wird 2002 auf 3,5 Milliarden steigen.

Die Arbeitslosigkeit erreicht schon 10,6 %, ein noch nie erreichtes Niveau. Nach Schätzungen der Bank von Israel könnte sie 2003 12 bis 13 % erreichen. Eine Studie auf Basis der Kleinanzeigen zeigt, dass sich die Beschäftigungsangebote im letzten Drittel des Jahres 2002 im Verhältnis zum gleichen Zeitraum des Vorjahres um 30 % verringert haben. Eine von fünf Personen, d.h. 1,17 Millionen, und eins von vier Kindern lebten nach einem offiziellen, am 4. November 2002 veröffentlichten Bericht der Sozialversicherungsbehörde im vergangenen Jahr in Israel unterhalb der Armutsgrenze. Die Armutsgrenze wurde für ein Ehepaar ohne Kind auf 2768 Schekel (ungefähr 550 Dollar) monatlich festgesetzt.

Die Anzahl der Israelis, die unterhalb der Armutsgrenze leben, hat also nach diesem Bericht 2001 um 8 1000 Personen zugenommen. Der Bericht deckt ebenso auf, dass der Graben zwischen Armen und Reichen, der in Israel schon sehr hoch war, sich 2001 noch vertieft hat. Die Einkommen von 30 % der Ärmsten der Bevölkerung entsprechen 2001 nicht mehr als 3,5 % des Gesamteinkommens des Landes, gegenüber 4,5 % im Vorjahr. Im Gegensatz dazu entsprechen die Einkommen von 20 % der Reichsten der Bevölkerung 54 % des Gesamteinkommens des Landes. Die Armut trifft besonders die arabische Minorität (18 % der Bevölkerung) und die Bewohner der neuen Städte, »Entwicklungs«Städte genannt, welche die neuen Immigranten aufnehmen.

Die nationale Währung wird auf den internationalen Devisenmärkten angegriffen, so dass sie seit 2000 16 % an Wert verlor. Die Börsenkurse sind seit dem 1. Januar 2002 um fast ein Viertel gefallen. Die ausländischen Investitionen sind zurückgegangen. Während ihr NettoSaldo im ersten Drittel des Jahres 2000 einen positiven Betrag von 3,3 Milliarden Dollar aufwies, ist man seit Mitte 2001 zu NettoSalden von 300 Millionen Dollar gekommen.

Die Krise äußert sich in verringerten Steuereinnahmen für den Staat und einer öffentlichen an der Hausse orientierte Schuld, die eine sehr reale Bedrohung durch Verteuerung von Kreditzinsen für Staatsanleihen auf den internationalen Kreditmärkten nach sich zieht. 2001 in Höhe von 100 % des BIP,

ist befindet sich die Staatsverschuldung derzeit in einer Anstiegsphase (Mitte 2002 103 % des BIP) besonders auf Grund der mit der zweiten Intifada verbundenen Militärausgaben. Das Militärbudget 9 Milliarden Dollar im Jahr, d.h. 17 % der öffentlichen Gesamtausgaben hat seit dem Beginn der Zusammenstöße um 1,5 Milliarden zugenommen.

Um die 25 000 Reservisten wurden einberufen, was den Staat unmittelbar etwa 120 Millionen Dollar monatlich kostet. Nach Aussagen des Chefs der Forschungsabteilung der Bank von Israel betragen die Gesamtkosten der ersten 15 Monate der Intifada für die Ökonomie 2,5 Milliarden Dollar.

Ein anderer größerer Grund für das belastende Defizit der öffentlichen Finanzen (0,6 % des BIP im Jahr 2000; 4,5 % 2001) ist, dass die religiösen Parteien im Tausch für ihre Zustimmung zu aufeinanderfolgenden Regierungskoalitionen für ihre Klientel einen wachsenden Anteil abpressten. Die Finanzierung von 221 000 Religionsstudenten, von denen jeder monatlich 150 Dollar erhält, kostet den Staat mehr als 400 Millionen Dollar im Jahr. Auf Grund ihrer Existenz und ihrer numerischen Entwicklung ist die Beschäftigungsrate bei erwachsenen zwischen 25 und 54 Jahren von 93,5 % im Jahr 1970 auf 85,7 % im Jahr 1993 gefallen. In den anderen industrialisierten Ländern liegt diese Rate um 94 %.

Diese großen chronischen Quellen öffentlicher Ausgaben bringen den israelischen Staat in die Position eines ständigen Bettlers. Er empfängt pro Jahr um die 6 Milliarden Dollar verschiedener ausländischer Hilfe (Vereinigte Staaten, Zuwendungen aus der Diaspora und deutsche Reparationen). 2002 setzte sich die Hilfe der Vereinigten Staaten zusammen aus 720 Millionen Dollar ökonomischer Unterstützung und 2 Milliarden Hilfe auf militärischem Gebiet.

Die schlechte Situation der Staatskassen zwang im Mai 2002 die Regierung Sharon, einen ersten Austeritätsplan mit folgendem Inhalt zu verabschieden: die Senkung der öffentlichen Ausgaben um 2,5 %, ein Punkt mehr für die Mehrwertsteuer abgestimmt auf die Erhöhung der Einkommenssteuer, Senkung des Kindergeldes um 4 % (und um 24 % für diejenigen, deren Eltern nicht in der Armee gedient haben, d.h. die israelischen Araber und die orthodoxen Juden), das Einfrieren des Mindestlohns, die Erschwerung des Zugangs zum Arbeitslosengeld und schließlich eine fünfprozentige Lohnsenkung für die gewählten Vertreter.

Eine Krise mit vertrauten Zügen

Die aktuelle Krise erinnert wohl an die von 1984. Zu jener Zeit wurde die Inflationsrate dreistellig und die Auslandsschuld erreichte 23 Milliarden Dollar. Gleichzeitig haben die Unternehmen des Staates oder der Einheitsgewerkschaft Histadruth (40 % der Arbeitenden des Landes waren dort beschäftigt) noch die betriebswirtschaftlichen Kriterien des »Realsozialismus« nach russischer Art angewendet. Die Produktivität der Arbeit blieb unzureichend, denn die produktiven Investitionen wurden zunehmend seltener. Tatsächlich wurden die Staatseinnahmen bevorzugt ausgegeben, um die Armee, den Schuldendienst und das Sozialsystem zu finanzieren.

Angesichts der durch die Regierungstätigkeit des Likud welcher im Wesentlichen an der Aufrechterhaltung der Kontrolle über den Staatsapparat interessiert war verschärfte ökonomischen Krise waren dann die ergriffenen Maßnahmen drakonisch. Die neue Regierung der nationalen Einheit lancierte einen rüden Austeritätsplan: Reduzierung der Subventionen für Basis und Agrarprodukte, Abwertung, Senkung der Reallöhne, Einfrieren der Preise und angehobene Zinssätze. Die Armee zog sich aus dem Libanon zurück und die Vereinigten Staaten fügten zu den üblichen 3 Milliarde jährlicher Zuwendungen nochmal 1,5 Milliarden hinzu. Die Großunternehmen, die dem Staat gehörten, wurden zerschlagen, restrukturiert oder privatisiert.

Von 1985 bis 1996, eine schnelle Entwicklung

Auf diesen neuen Grundlagen stieg die industrielle Produktion zwischen 1985 und 1989. Das Produktivitätswachstum der Arbeit in Verbindung mit den Effekten der Restrukturierung des staatlichen Sektors führte zu einem signifikanten Anstieg der Arbeitslosigkeit von 6 auf 9 %. In dieser Zeit war die einzige exportierende Industrie von Bedeutung die Rüstungsindustrie, die ein Viertel der Verkäufe ins Ausland ausmachte, weit vor den Agrarprodukten.

Die massive Immigration aus Rußland und die Öffnung neuer Märkte in Folge der Verträge von Oslo führten zu einem Wachstum des BIP um 6 %, und 2,4 % pro Kopf. Die öffentlichen und privaten

Investitionen erreichten einen Takt nahe bei 15 %, während die Inflation 1996 auf 9 % fiel. Trotz eines durchschnittlichen Wachstums der Exporte um über 7 % stieg das Handelsdefizit und erreichte 5 % des BIP. 1997 verlangsamte sich die Aktivität, das jährliche Wachstum des BIP fiel auf 2 % und die Arbeitslosigkeit stieg wieder von 6,3 % auf mehr als 10 %. Gleichzeitig steigen die Industrieexporte um 10 %, wovon ein Drittel auf die HighTechIndustrie entfiel. Israel rangierte direkt hinter den Vereinigten Staaten hinsichtlich der Anzahl der »startups« (neue kleine und mittlere HighTechBetriebe).

Israel erfuhr auch eine tiefgehende Veränderung seiner produktiven Struktur, Industrien mit geringer Kapitalintensität, wie Nahrungsmittel, Bekleidung, Schuhe usw., wurden aufgegeben. Die massenhafte Ankunft von Juden aus Russland, die eine hochqualifizierte Arbeitskraft darstellten, ließ nur das durchschnittliche Bildungsniveau der Beschäftigten im Land ansteigen, das schon vorher besonders hoch war.

Man muss wissen, dass die Staatsausgaben für die Bildung 7 % des BIP betragen gegenüber 5 % in den Vereinigten Staaten und 6,6 % in Schweden. Weil Israel so stark an diesem wertvollen menschlichen Kapital war, setzte es auf die Entwicklung der innovativsten Bereiche ökonomischer Aktivität. Besonders wichtige Investitionen in Forschung und Entwicklung sollten diese Bemühungen unterstützen. 1990 kamen 60 % der Exporterträge aus dem Verkauf von Software, medizinischen Ausrüstungen, Solarenergie, Bewässerungstechnik und agrochemischen Produkten.

Das BIP stieg jährlich um 6 % bis es 1994 74 Milliarden erreichte. Parallel dazu wurden die Militärausgaben wieder auf weniger als 10 % des BIP gesenkt. Im Jahr 2000 erbrachten 8 % der im privaten Sektor Beschäftigten, die im Bereich der Informations und Kommunikationstechnologie beschäftigt waren, d.h. ungefähr 150 000 Personen, ein Fünftel des Gesamtumsatzes des privaten Sektors. Zwischen 1990 und 2000 bewegte sich das durchschnittliche jährliche Wachstum des Umsatzes der Informations und Kommunikationstechnologie in einer Größenordnung von 16 % gegenüber 6 % für den Rest der Wirtschaft. Im Verlauf dieses Jahrzehnts nahm die Produktion pro abhängig Beschäftigtem um 6 % für die gesamte israelische Wirtschaft, um 13 % für den privaten Sektor allein und um 68 % für die Informations und Kommunikationstechnologie zu. Als positiver Hauptbestandteil der Zahlungsbilanz des Landes hat dieser Bereich für 14 Milliarden Dollar exportiert (30 % des Gesamtexports) und für 7 Milliarden Dollar importiert.

Im selben Zeitraum wurde Israel, indem es zuerst vom bestehenden Bürgerkrieg im Libanon, dann von der Besetzung Libanons durch Syrien profitierte, zum wichtigsten offshoreFinanzplatz (Steuerparadies) der Region und darüberhinaus. Als Konsequenz aus diesen Veränderungen konnten sich Staat und Bourgeoisie Israels auf ökonomischer Ebene schließlich vollständig vom Beitrag Cisjordaniens und Gazas unabhängig machen und bei derselben Gelegenheit die Beschäftigten arabischen Ursprungs mit israelischer Nationalität marginalisieren.

An diesem Punkt ist es angebracht, daran zu erinnern, dass die besetzten Gebiete in den 70er Jahren nach den USA der zweitgrößte Absatzmarkt für israelische Exporte geworden waren. 1972 exportierte Israel nach Cisjordaniens und Gaza dreimal soviel Waren, wie es von dort importierte.

Die Araber mit israelischer Nationalität waren in großem Umfang in den Tätigkeitsbereichen, die nichts mit der Verteidigung zu tun hatten, beschäftigt (Bau, Tourismus oder Bekleidung). Die großen Textilunternehmen verlagerten sich in den Norden des Landes, um in der Nähe der arabischen, vorwiegend weiblichen Arbeitskraft zu sein (um die 15 % der jungen arabischisraelischen Frauen hatten einen Arbeitsplatz und die Hälfte davon schufteten in der Bekleidungsindustrie).

Mitte der 70er Jahre bildeten die israelischen Araber (Nachkommen der 160 000 Palästinenser, die nach der Schaffung des Staates Israel, 1948, auf ihrem Land geblieben waren und die jetzt 19 % der israelischen Bevölkerung darstellten, d.h. mehr als eine Million Personen bei einer Gesamtbevölkerung von 659 2000 Einwohnern) und die Palästinenser der besetzten Territorien fast ein Viertel der Arbeitskraft Israels; sie nahmen die Hälfte der Arbeitsplätze beim Bau und den Dienstleistungen, besonders in der Hotellerie, den Autowerkstätten und im Putzgewerbe, ein. Die Beteiligung dieser Arbeiter an Streiks während der ersten Intifada besiegelte ihr Schicksal. Sie zahlten ihre Weigerung, sich zu unterwerfen sehr teuer. Die herrschenden Klassen Israels führten eine wahre Umkehr der strategischen Orientierung gegenüber den palästinensischen Proletariern im Innern durch und noch mehr gegenüber denjenigen aus den besetzten Gebieten. Und das ebenso aus ökonomischen Gründen wie aus Überlegungen zur politischen Ordnung. Der Staat und die Bourgeoisie Israels waren endlich im

Stände vor allem dank der Weiterentwicklung der beruflichen Bildung des Landes, sich der Dienste der Palästinenser zu entledigen, die zu gefährlich und nicht genug qualifiziert für die ökonomischen Spitzenbereiche waren.

So konnte Rabin im Frühjahr 1993 relativ schmerzlos für die israelische Wirtschaft eine Totalblockade der besetzten Gebiete verhängen. Die immigrierten Arbeitskräfte, die aus Asien, den Ländern des Ostens und aus Lateinamerika gekommen waren, ersetzten schnell die palästinensischen Proletarier. Heute zählt Israel etwa 300 000 Arbeitskräfte, die aus Rumänien, Thailand, den Philippinen, China, der Türkei, Lateinamerika usw. kommen.

Dennoch ist es während der fünf letzten Jahre ungefähr 100 000 palästinensische Arbeitskräfte gelungen, illegal in Israel einzudringen. Die Geldüberweisungen dieser illegalen Einwanderer sind absolut vorrangig für das Überleben ganzer Teile der armen Bevölkerung in den besetzten Gebieten. Man kann nicht sagen, ebenso wie diejenigen von einigen Tausend Palästinensern aus Gaza und Cisjordanien, die noch die Erlaubnis haben, nach Israel arbeiten zu gehen.

Palästina: eine Wirtschaft ist dabei zu verschwinden

Seit der Besetzung Cisjordanien und Gazas, 1967, entwickelte sich die Wirtschaft der beiden Territorien in einer Art wachsender Abhängigkeit gegenüber der Wirtschaft Israels. Die Unternehmen wurden für die Zulieferung geschaffen, besonders im Bekleidungssektor. Vor September 2000 exportierte Israel 2,5 bis 3,5 Milliarden palästinensischer Importe. Israel erhielt ebenso 500 bis 800 Millionen Dollar aus palästinensischen Exporten.

Eine gute Anzahl palästinensischer Arbeitskräfte hatten einen Arbeitsplatz in Israel gefunden. Nach Gil Bufman, dem Chefvolkswirt der Bank Leumi, waren 1991/92 um 200 000 palästinensische Arbeitskräfte legale Immigranten in Israel und vermutlich eine gleich hohe Anzahl erreichten die illegalen Immigranten. In den 90ern hingen ungefähr 65 % der palästinensischen Familien vom israelischen Arbeitsmarkt ab. Obwohl sie eindeutig unterhalb der Lebensbedingungen in Israel lagen, liegen sie in den besetzten Gebieten erheblich über denen der anderen Länder der Region.

Die palästinensische Bevölkerung (2001)

Land	Palästinens . insges.	Flüchtlinge		% Flüchtlinge/- Flüchtlinge gesamt	% Flüchtlinge/ Bevölkerun g des Landes	Anzahl der Flüchtlinge
		außerhalb von Lagern	in Lagern			
LIBANON	501 431	168 245	246 755	10	31	415 000
SYRIEN	463 227	174 258	240 752	10	2,6	415 000
JORDANIEN	2 560 267	1 351 767	391 233	42	33,69	1 743 000
CISJORDANIE N	2 057 245	398 154	239 092	16	31	637 246
GAZA	1 167 359	392 595	548 296	22	80,6	940 891
ISRAEL	1 131 211	0	0	0	0	0
and. arab. Länder	588 638	0	0	0	0	0
USA u.a. Länder	486 319	0	0	0	0	0
INGESAMT	8 955 697	2 485 019	1 666 118	100		4 151 137

Die palästinensische Wirtschaft hat sich seit den Verträgen von Oslo verschlechtert, besonders auf Grund der Senkung der von den israelischen Behörden autorisierten grenzüberschreitenden Arbeitskräfte. Deren Zahl betrug 1996 28 100, im September 2000 52 000, 4 000 Ende 2000, 39 000 Ende 2001, 15 000 im September 2002 und aktuell 25 000.

Noch mehr als die israelische Wirtschaft hing die palästinensische Wirtschaft immer am ausländischen Tropf. Seit Schaffung der palästinensischen Behörde, 1994, und bis 2000 erhielt diese durchschnittlich 500 Millionen Dollar jährlich an unterschiedlicher ausländischer Hilfe. Diese Summe stellt ungefähr ein Achtel des BIP Cisjordanien und Gazas dar und ein Drittel der Kasseneingänge der

Behörde. Diese Abhängigkeit von ausländischer Hilfe ist seither gewaltig angewachsen. 2002 beliefen sich die Zuwendungen der USA, Europas und der arabischen Länder auf 900 Millionen Dollar. Die anderen externen Subventionen, die ursprünglich als Hilfe für die Wirtschaft konzipiert waren, in Höhe von 1,2 Milliarden dieses Jahr, haben heute nur noch eine soziale Hilfsfunktion.

Während der ersten Monate der zweiten Intifada war die Arbeitslosigkeit in den besetzten Gebieten stabil geblieben, zwischen 290 000 und 320 000 Personen. Aber zuletzt erfuhr sie eine signifikante Beschleunigung und stieg auf 370 000, was etwa der Hälfte der Arbeitskräfte entspricht.

Die summiert sich die Schätzung der Verluste für die palästinensische Wirtschaft in den sechzehn Monaten der Intifada auf 2,4 Milliarden Dollar. Allein um die 130 000 Beamten der Autonomiebehörde (wovon 50 000 Angehörige der Ordnungskräfte sind) zu bezahlen, braucht man 60 Millionen Dollar im Monat. Ende 2001 hatte die Autonomiebehörde 430 Millionen Rückstände. Überdies muss dieser Quasi-Staat jeden Monat an Israel 50 Millionen Dollar für Zölle auf Importprodukte und auf Überweisungen der in Israel arbeitenden Palästinenser zurückzahlen.

Als Konsequenz daraus ist die palästinensische Behörde tatsächlich bankrott: ihr im März 2001 verabschiedetes Austeritätsbudget benötigt 90 Millionen Dollar jeden Monat, dabei sind ihre monatlichen Einnahmen niedriger als 20 Millionen Dollar.

Einige Daten über die Palästinenser und die besetzten Gebiete (Cisjordanien und Gaza)

In den 90er Jahren trug die Industrie mit 9 % zum BIP der besetzten Gebiete bei, die Landwirtschaft mit 14 %, die Bauwirtschaft mit 16 % und die öffentlichen Dienstleistungen mit 12 %. Die restlichen 50 % kamen aus dem Handel, dem Transport und persönlichen Dienstleistungen, d.h. von sehr kleinen Unternehmen. Mehr als 95 % der Industrieproduktion kam im Übrigen von kleinen und mittleren Unternehmen. Gemäß dem Büro für Statistik betrug das BIP im Jahr 2000 4 Milliarden Dollar, auf Grund verschiedener Grenzsicherungen 580 Millionen weniger als erwartet. In die Mehrzahl der arabischen Länder können palästinensische Exporte nicht hineingehen, ohne dass Zölle erhoben werden, ebenso in die USA und nach Europa. Die Familien mit den höchsten Einkommen sind in abnehmender Reihenfolge diejenigen, deren Oberhaupt in einer öffentlichen Funktion arbeitet, in Familienunternehmen, als Immigrant oder Grenzgänger, im Privatsektor und schließlich diejenigen, die von Sozialhilfe leben.

Kindersterblichkeit 1997: In Israel 6 auf 1000 Geburten, in den besetzten Gebieten 15, in Jordanien 20, Ägypten 54, durchschnittlich 64 für die Gesamtheit der sogenannten Entwicklungsländer. Die Lebenserwartung erreicht 73 Jahre gegenüber 78 in Israel, 72 im Libanon, 70 in Jordanien und 66 in Ägypten. Die Jahre des Schulbesuchs betragen durchschnittlich 8,1, 5,5 in Ägypten, 6,9 in Jordanien. 89 % der Bewohner der besetzten Gebiete haben Elektrizität und 85 % fließendes Wasser. Etwa 90 % der Palästinenser sind Besitzer ihres Hauses oder bewohnen es, ohne Miete zu zahlen. In der ersten Hälfte des Jahres 2000 wurde das gesamte tägliche Einkommen der 125 000 legalen Grenzgänger auf 3,4 Millionen Dollar geschätzt, d.h. fast 30 % des BIP der Gebiete.

1998 war die Aufteilung der palästinensischen Arbeitskräfte folgendermaßen:

- * in Israel oder in den Siedlungen beschäftigt: : 21,7 % ;
- * im öffentlichen Sektor: 16,4 % (in Gaza beschäftigt der öffentliche Sektor zweimal mehr Lohnempfänger als in Cisjordanien);
- * in der Landwirtschaft: 12,1 % (zwischen 1948 und 1967 hat sich die Bevölkerung verdoppelt, während der Anteil derjenigen, die den Boden bearbeiten sich von 70 auf 35 % halbiert hat. In den 80ern lag der Prozentsatz unter 10 %);
- * in der Industrie : 15,9 %.

Die Frauen stellen weniger als 14 % der beschäftigten Arbeitskraft dar.

AM URSPRUNG DER ZWEITEN INTIFADA

Zum ersten Mal seit langer Zeit wurde der letzte Aufschwung der bewaffneten Konfrontation zwischen diesen zwei Völkern und ihren Staaten nicht durch das Eindringen imperialistischer Interessen angefeuert oder bestimmt. Im Gegenteil hat er maßgeblichen Anteil am gleichzeitigen Krisenprozess der traditionellen Zentren des Antriebs zum permanenten Krieg zwischen den beiden Völkern. Gemeinhin gilt, dass der Beginn der zweiten Intifada mit dem Abstecher Ariel Sharons, der

damals nur Chef der rechten Opposition war, am 28. September 2000 auf den Vorplatz der FelsendomMoschee in OstJerusalem, dem dritten heiligen Ort des Islam, zusammenfällt. Dieser Ort, der von den Juden Tempelberg genannt wird, ist auch der heiligste Ort der jüdischen Religion. In der Altstadt stellten sich damals palästinensische Demonstranten mit Steinen bewehrt gegen die israelischen Polizisten, die mit Hartgummigeschossen zurückschlugen. Bilanz: vier verletzte Palästinenser.

Die Provokation des derzeitigen israelischen Premierministers war eine Reaktion auf die Explosion von zwei Bomben, am 27. September, beim Passieren eines Militärkonvois im Gazastreifen, bei der es einen Toten unter den Soldaten gab. Der Gesandte Clintons, Dennis Ross, schaffte es nicht Ehud Barak zu überzeugen, den Spaziergang des Schlächters der palästinensischen Camps von Sabra und Schatila (Libanon) von 1982 zu verbieten. Barak hatte seine Weigerung, dem amerikanischen Befehl nachzukommen, damit gerechtfertigt, dass diese Frage »in die Zuständigkeit der Innenpolitik des Landes falle«.

Dieser Akt Sharons erklärt sich mit dem Versuch, das, was von den vorherigen Verträgen zwischen dem Israelischen und palästinensischen Staat übrig geblieben war, endgültig auszuhebeln und sich als einzigen Kandidaten seiner Partei, des Likud, gegen Netanjahu durchzusetzen. Diese Unternehmung mit hohem symbolischem Gehalt, zielte darauf ab, die agonisierende Regierung Barak wenige Längen vor den Parlamentswahlen zu destabilisieren und die Unterstützung der Armee zu gewinnen, die nach dem Flop des Gipfels von Camp David unter der Führung des amerikanischen Präsidenten Bill Clinton im Juli 2000 noch auf ihrem Weg zögerte.

Seit diesem Datum beeilten sich die beiden Parteien den aktuellen Konflikt vorzubereiten, wie die Erklärungen des damaligen palästinensischen Kommunikationsministers, Imad alFalouji, gezeigt haben, der erklärte, dass sein Lager die neue Intifada seit Mitte 2000 vorbereitete. Die ersten Zusammenstöße fanden am 29. September auf dem Vorplatz der FelsendomMoschee statt. Dieses mal eröffnete die israelische Polizei das Feuer mit scharfer Munition auf die palästinensischen Demonstranten, tötete dabei sieben und verletzte mehr als 200.

Die palästinensische Behörde rief sofort zu einem ProtestGeneralstreik in Cisjordanien und Gaza am folgenden Tag, dem 30. September, auf. Dieser Streik wurde in hohem Maße befolgt und es gab gewaltsame Zwischenfälle, die mit fünfzehn palästinensischen Toten schlossen. Das Weitere ist bekannt: Die Straßenschlachten mit Steinwürfen wendeten sich schnell zum Vorteil der israelischen Armee; die Tausende von Polizisten, über welche die palästinensische Behörde verfügte werden schnell verjagt; die Phase der blinden Attentate gegen die in Israel wohnende Bevölkerung beginnt, ohne die Ausdehnung und Verewigung der Besetzung der in den Verträgen von Oslo den Palästinensern zugestanden Gebiete durch die israelische Armee zu verhindern.

Ende August hatten um die 1 700 Palästinenser ebenso wie 450 Einwohner Israels, 137 israelische Siedler und einige Dutzend Soldaten der israelischen Armee in diesem Konflikt ihr Leben verloren. Nach einer makabren Rechnung, die immer wieder von der israelischen Armee aktualisiert wurde, forderte die erste Intifada 1162 Opfer auf palästinensischer Seite gegenüber 174 Israelis, das entspricht einer Rate von 6,7 Palästinensern für jeden getöteten Israeli. In den ersten sechs Monaten der zweiten Intifada war diese Verhältnis 5,1.

Aber seit dem Ende der blinden Attentatswelle im März 2001 ist diese Ratio deutlich »zugunsten« der Anhänger dieses abscheulichen Kampfmittels umgeschlagen: 1,7 verstorbene Palästinenser für jeden ermordeten Israeli. Dieser schändlichen Taktik wurde durch eine der angesehensten imperialistischen Institutionen im Bereich der Militärdoktrin, dem Londoner internationalen Institut für strategische Studien (IISS) Effizienz bescheinigt. »Die leicht zu organisierenden und schwer zu verhindernden Selbstmordattentate sind sehr effizient gewesen, innerhalb der israelischen Bevölkerung Unsicherheit zu erzeugen und psychologischen Schaden herbeizuführen und damit ihre Moral empfindlich zu untergraben«, bemerkte das Institut in seinem Bericht 2002/2003 über den Zustand der Mächte in der Welt.

DIE BLUTIGE SACKGASSE DES NATIONALISMUS

Bei den Palästinensern

Der dürftige Charakter des palästinensischen Nationalismus hat seinen Ursprung zu Beginn des letzten Jahrhunderts. Damit ein neuer souveräner bürgerlicher Staat entstehen kann, müssen die sozialen Kräfte, die dieses Projekt tragen, mit der internationalen Arbeitsteilung brechen, die ihnen durch die koloniale oder imperialistische Herrschaft auferlegt worden war. Sie müssen diese Arbeitsteilung modifizieren, damit ein interner Markt entstehen kann.

Die bisher von den einheimischen herrschenden Klassen unterhaltenen Abhängigkeiten, die sich in den Freiräumen unterhalb der kolonialen oder imperialistischen Abhängigkeit entwickelt haben, müssen notwendigerweise zu Gunsten des abhängigen Landes erweitert werden. Ansonsten würde es sich um kaum mehr als um eine Fortführung der äußeren Herrschaft unter oberflächlich veränderten Bedingungen handeln.

Zusammengefaßt bedeutet das, dass eine nationale Befreiungsbewegung nicht nur gegen die herrschenden äußeren Kräfte kämpfen muss, sondern auch gegen die eigene herrschende Klasse, die von ersteren genährt wird. Das heißt angesichts eines modernen Imperialismus, wo die Vorherrschaft vor allem durch einen ungleichen Tausch gekennzeichnet ist, der auf einer höheren Arbeitsproduktivität der dominierenden Länder basiert zudem, dass es für diese Bewegungen von entscheidender Bedeutung ist, einen ausreichenden Teil der produktiven sozialen Klassen zu repräsentieren und damit in der Lage zu sein, die Entwicklung eines internen Marktes voranzutreiben.

Die nationale Befreiung ist insofern nicht ausschließlich eine militärische Angelegenheit (auch wenn diese Ebene nicht zu vernachlässigen ist), sondern vor allem auch eine Frage der Struktur des entstehenden wirtschaftlichen Gebildes. Das erklärt, warum die Kämpfe um nationale Befreiung, trotz der zahlreichen nationalistischen Ausbrüche in Ländern, die in der Weltrangordnung der Arbeitsproduktivität auf den hinteren Plätzen zu finden sind, weltweit ein Mißerfolg waren, auch wenn sie formal juristisch zur Entstehung von unabhängigen Staaten geführt haben.

Was dies angeht, ist das Beispiel der palästinensischen nationalen Befreiungsbewegung sehr aufschlussreich. Nach vielen gescheiterten Versuchen, sich der Herrschaft des Osmanischen Reiches zu entledigen, und die ihr Ende mit dessen Zusammenbruch zwischen 1919 und 1921 fanden, schlossen sich die dominierenden arabischen Klassen in Palästina und die nationale Befreiungsbewegung unmittelbar ihren neuen englischen Herrschern an. Als Dank für diese uneingeschränkte Treue hat das Vereinigte Königreich seinen palästinensischen Unterstützern zu keinem Zeitpunkt etwas zugestanden. Dennoch haben diese zwischen 1921 und 1947 die britischen Besatzer mit zahlreichen rassistischen und antisemitischen Aktionen bei deren Projekt unterstützt, die jüdische Einwanderung zu reglementieren und in deren Kampf für die Gründung einer "*jüdischen Heimstätte in Palästina*". Als es zwischen Mai 1936 und April 1937 zu einem arabischen Aufstand kommt, der sich mehr gegen die Juden als gegen die Briten richtet, unterstützen die herrschenden palästinensischen Klassen diesen zaghaft. Die britischen Besatzer, Anhänger des Konzeptes "*Teile und Herrsche*", gewinnen daraufhin mehrere tausend Juden als Hilfskräfte ihrer Polizei.

Jeder praktische Einigungsversuch zwischen palästinensischen und jüdischen Arbeitern wie in der großen Ö raffinerie von Haifa 1946/47 wird von den offiziellen palästinensischen Repräsentanten, die im Dienste der Engländer stehen, bekämpft. Sie finden hingegen in dieser Angelegenheit wertvolle Verbündete unter den Zionisten der Rechten und extremen Rechten. Die historische Möglichkeit eines gemeinsamen Kampfes der palästinensischen Massen und ausnahmslos aller Juden, die vor den schrecklichen Verfolgungen geflohen sind, deren Opfer sie in Mittel und Osteuropa ebenso waren wie in vielen arabischen Ländern, wird niemals mehr wirklich nachzuvollziehen sein, vor dem Hintergrund der schrecklichen Konsequenzen, die sich heutzutage vor unseren Augen abspielen.

Das Entstehen des politischen Zionismus unter den arbeitenden jüdischen Massen in der ganzen Welt und die daraus folgende Entstehung des Staats Israel sind das direkte Ergebnis zuallererst der hier und anderswo erlittenen Peinigungen und darüberhinaus das Ergebnis der Unterwerfung der palästinensischen Bewegung unter die britische Vorherrschaft.

Während der ersten Schlacht gegen die jüdischen Milizen 1948 zeigte die palästinensische Bewegung, die von LandbesitzerClans und mit den Briten verbündeten arabischen Händlern dominiert

war, ihre ganze innere Schwäche: Ihre wesentliche militärische Kraft, die Armee von Abdallah, lavierte mit den zionistischen Gegnern herum, um in Gegenzug das Versprechen zu erhalten, in ihrem Hinterland Jordanien in Ruhe gelassen zu werden.

Die alten herrschenden palästinensischen Klassen werden endgültig in Mißkredit gebracht und vor allem auf ökonomischer Ebene von der siegreichen modernen jüdischen Bourgeoisie vertrieben. Ab 1960 werden sie zusehends von der Generation aus den Lagern und aus dem Exil ersetzt.

Das ist der grundsätzliche Ausgangspunkt der verarmten kleinen und mittleren palästinensischen Bourgeoisie, die vom neuen zionistischen Staat systematisch diskriminiert und verfolgt wurde. Die PLO wird zum zentralen politischen Ausdruck dieser verarmten, verfolgten und vom Staat Israel vertriebenen Mittelschichten.

Diese Schichten, die unfähig sind, ein irgend geartetes Programm der nationalen Befreiung zu entwerfen, das diesen Namen verdient, zielen mit der PLO und anderen Teilen der neuen palästinensischen Nationalbewegung einzig und allein auf die Eroberung eines Gebiets ab, wo sie ihre Polizei, ihre Justiz und ihre Ausbeutung auf Kosten des palästinensischen Proletariats installieren können.

In perfekter Kontinuität der alten palästinensischen Nationalbewegung bekämpfen die neuen Führer jedes Projekt, das die Vereinigung mit der Arbeiterklasse jüdischer Herkunft zum Ziel hat und knüpfen an einen althergebrachten, nur mühsam kaschierten Antisemitismus an. Im Gegenzug begünstigen sie die Arbeit für die Sowjetunion und vor allem für die verschiedenen arabischen Staaten in der Region.

Angefangen mit dem September 1970, als die PLO von Arafat die revoltierenden palästinensischen Proletarier von Irbid zu Gunsten von König Hussein im Stich läßt, über 1976 und 1982, jedes Mal ist der PLO die Anerkennung durch die Weltmächte wichtiger, als die Kämpfe der [Proletarier]jenigen zu unterstützen, die nichts mehr zu verlieren haben. Aufgrund dieser Politik ist die PLO bereit, den Verträgen von Oslo zuzustimmen, die die Gewährung einer faulen Autonomie umfaßt. Ein letztes Zeichen des guten Willens und der Folgsamkeit wird ihnen als Gegenleistung für ein kleines Gebiet abverlangt, wo sie sich austoben können: Der offizielle Verzicht auf das Rückkehrrecht der Flüchtlinge im Libanon, die ein zu großer Unruheherd seien.

Leider schließen sich diejenigen der Palästinenser, die nichts mehr zu verlieren haben wie so oft in vergleichbaren Situationen, wenn eine starke internationale proletarische Bewegung fehlt zum einen dem PLOClan und der Hamas an (uneingestandener Partner Israels zuerst, als es darum ging, der PLO als politischem Gegner das Wasser abzugraben), zum anderen den im Gazastreifen und im Westjordanland installierten palästinensischen Führungen. Die Hoffnungen der palästinensischen Proletarier und armen Landbevölkerung wurden schnell enttäuscht. Die Führungen schwammen bald in Korruption, Vetternwirtschaft und Arroganz und bereicherten sich individuell an den Geldern der diversen ausländischen Hilfen, die vor allem von den arabischen Ländern, der Europäischen Union, den Vereinigten Staaten und sogar von Israel gezahlt wurden.

Um die 50 000 Aufsteiger bei ca. drei Millionen Bewohnern der Gebiete gehören den bewaffneten Einheiten der lokalen Führung an (unter ihnen zahlreiche Kämpfer der ersten Intifada). Entschädigt für ihren Beitrag zur Unterordnung und Unterdrückung der enterbten palästinensischen Massen werden sie mit opulenten Mahlzeiten inmitten des riesigen Flüchtlingslagers, welches Gaza ist, mit Luxusgütern (Autos, etc.) und mit Wohnungen, die mit den miserablen Behausungen der großen Masse der Palästinenser in keinsten Weise vergleichbar sind. Als einige von ihnen während der zweiten Intifada der Armee mit einer solch offensichtlichen Unfähigkeit gegenüberstanden, kam der unnütze, schädliche und parasitäre Charakter der Milizen Arafats vollends an den Tag.

Dieser Ekel vor dem PseudoStaat, der sich nahtlos an die militärische Stärke der israelischen Besatzer anschließt, erklärt jenseits von persönlicher Rache und den Verlockungen eines persönlichen Gewinns im allgemeinen Kontext der Verzweiflung die hohe Zahl der Informanten der Besatzungsarmee (auch in einem Lager mit großer kämpferischer Tradition wie Djenin).

Weiterhin einen eigenen Staat für die Palästinenser zu fordern, indem die nichtssagende Formel des "*Rechts eines Volks auf Selbstbestimmung*" beschworen wird, verschleiert die Tatsache, dass sich die Klasseninteressen, auch in den selbstverwalteten Gebieten, gegenüberstehen. Was nützt den palästinensischen Proletariern im Endeffekt ein Staat, der unfähig ist, Bedingungen zu schaffen,

unter denen die Bevölkerung würdevoller überleben kann, der nicht mal in der Lage ist, die Zerstörung von Häusern durch die israelische Armee und das Abstellen von Wasser und Strom zu verhindern, der seinen Bürgern keinerlei Bewegungsfreiheit und die Möglichkeit in Israel zu arbeiten garantiert? Die Besatzung erklärt nicht alles. Das schwerste Vergehen der Führung ist, die Illusion zu nähren, dass ein palästinensischer Staat im Rahmen der Übereinkünfte von Oslo überlebensfähig ist und das Los der entrechteten Massen verbessern könnte.

Es gibt wenig Grund, davon auszugehen, dass die Existenz eines Ersatzstaats einen größeren militärischen Schutz gegenüber der israelischen Aggression darstellt. Während der ersten Intifada, als der Staat Arafats noch nicht existierte und von daher die Grenzen noch nicht genau definiert waren, brachten riesige Streiks mit bis zu 60 000 palästinensischen Arbeitern israelische Baustellen und die israelische Landwirtschaft zum Erliegen.

Die Produktion einiger ziviler Industrieunternehmen war ebenfalls davon betroffen. Im ersten Jahr der Intifada gab es einen Verlust bei den Exporten von 650 Millionen Dollar. Weder der bewaffnete Kampf, noch die Zugeständnisse an die imperialistischen Mächte können die Waffe des Klassenkampfes ersetzen.

Bei den Israelis

Der israelische Staat hat sehr widersprüchliche Charakteristiken. Einerseits handelt es sich um ein sehr weitentwickeltes demokratisches und parlamentarisches Regime. Ein arabischer Deputierter kann in der Knesset auf arabisch die Selbstmordattentate rechtfertigen. Kleine Parteien können Regierungen zu Fall bringen. Die freie Meinungsäußerung, auch von Positionen, die von der Regierungspolitik der ethnischen Säuberungen abweichen, ist weitgehend garantiert. Deserteure sind von Entlassungen und Gefängnis bedroht, aber noch (?) nicht mit systematischen Folterungen oder dem Tod.

Andererseits schließt der israelische Staat Repräsentanten von wichtigen Minderheiten der israelischen Araber und der Drusen aus den Entscheidungszentren aus, und organisiert den Ausschluss der Palästinenser.

Israel ist ein moderner demokratischer Staat im Zustand des dauerhaften sozialen und zivilen Kriegs. Er basiert auf rassistischer und religiöser Diskriminierung, trotz seines Glaubensbekenntnis zur Glaubensfreiheit und ethnischen Toleranz.

Der dauerhafte Kriegszustand kommt auch in der Gewöhnung der herrschenden Klassen an das gewaltförmige Austragen von Konflikten zum Ausdruck (bspw. die Hinrichtung von Rabin 1995 oder das Feuergefecht zwischen Delegierten auf dem letzten LikudKongress). Die verschiedenen Fraktionen der herrschenden Klasse haben sich niemals gesträubt, außerhalb des institutionellen Rahmens zu agieren, um etwas zu erreichen, man denke nur an den "Spaziergang" Sharons zur Moschee von Jerusalem, der die zweite Intifada ausgelöst hat.

Das "normale" Funktionieren der modernen bürgerlichen Demokratie ist insofern durch gewisse soziale und politische Gruppierungen des israelischen Staats, die Religiösen und die Siedler, eingeschränkt. Es gibt ungefähr 221 000 TorahStudenten. Mit ihren vielköpfigen Familien (die Geburtenrate der Religiösen entspricht der der armen Palästinenser, sieben Kinder pro Haushalt) repräsentiert die "Welt" der Religionsschulen fast eine Million Israelis. Abgesehen davon, dass sie eine wichtige ideologische und soziale Stütze der rassistischen und religiösen Diskriminierung gegenüber den Palästinensern im Inneren wie nach außen sind, verursachen sie enorme Kosten, da die Mehrzahl von ihnen sich ebenso weigert zu arbeiten, wie zur Armee zu gehen.

Um die 380 000 Siedler (270 000 im Westjordanland; 7 000 in Gaza; der Rest in OstJerusalem) sind in vielerlei Hinsicht in derselben Situation. Ihre unersetzliche Rolle bei der sozialen und militärischen Kontrolle der besetzten Gebiete ist allzu offensichtlich. Sie sind ein wirklicher Stachel im Fleisch der Palästinenser und dauerhafter Konfliktherd zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen, sie besetzen 42 % des Westjordanlands. Andererseits stellen sie ein Haupthindernis bei der Errichtung einer ausreichend geschlossenen Grenze zwischen den

Autonomiegebieten und Israel dar, und ihre Verteidigung verursacht mit die größten militärischen Kosten für den Staat.

Die Kolonisation ist zudem zusehends schwieriger zu händeln, da vor allem im Großraum Jerusalem die neuen Siedler kaum bereit dazu sind, ihre repressive Aufgabe wahrzunehmen und sich stattdessen vor allem für die Privilegien interessieren, die an ihre Bedingungen geknüpft sind (1 000 bis 2 000 Dollar finanzielle Unterstützung pro Jahr pro Siedler, Wohnhilfen, verbilligte öffentliche Dienstleistungen, Arbeitsbeschaffungsprogramme etc.). Eine Umfrage der pazifistischen israelischen Gruppe "Frieden jetzt" brachte zu Tage, dass nur 6 % der Siedler sich weigern würden, ihr Grundstück zu verlassen und nur 2 % bereit wären, Gewalt anzuwenden. Im Gegenzug betrachten 59 % der Befragten einen finanziellen Ausgleich als die beste Lösung.

In Zukunft wird die Lösung dieser Fragen für die herrschenden Klassen Israels mit Sicherheit schwieriger werden als die bisher im wesentlichen militärische und diplomatische der Autonomiegebiete unter Verwaltung der Palästinenser. Es ist allzu offensichtlich, dass der Einfluss der Religiösen und der Siedler auf die Wirtschaft, auf die Armee (heutzutage sind fast die Hälfte der mittleren Offiziere Praktikanten), das politische Leben und die herrschende israelische Ideologie mit der der Palästinenser nicht vergleichbar ist.

Die israelischen Regierenden größtenteils selbst Ausdruck und Ergebnis des sozialen und zivilen Dauerkriegs mit den Palästinensern schwanken ohne Ende. Die Möglichkeit, "*die palästinensische Frage friedlich zu lösen*", die die sozialen und politischen Stützen des Staats ebenso beschäftigt wie die wirtschaftlichen Kreise des Landes wird fortwährend durch den Willen, den Status quo aufrechtzuhalten, untergraben. Die großen Risiken einer Destabilisierung der Grundlagen Israels in Verbindung mit einer grundsätzlichen Neustrukturierung der Zivilgesellschaft des Landes stellen heute das wesentliche Hindernis bei einer Verhandlungslösung mit der palästinensischen Führung dar.

Die Selbstmordattentate, die Forderungen nach einem Rückkehrrecht für die Flüchtlinge und eines Zipfels von Jerusalem auch wenn diese nicht zu vernachlässigen sind erlangen in diesem Kontext die Rolle eines Vorwands, um an der Situation nichts zu ändern. Sie sind jedenfalls nicht der eigentliche Grund.

Angesichts der Krise stellt die Kampfbereitschaft eines bedeutenden Teils der israelischen Arbeiterklasse (140 000 Staats und Verwaltungsangestellte im Streik für mehr Lohn seit Mitte Oktober) und das trotz des enormen Drucks zur nationalen Einheit angesichts der terroristischen antiproletarischen Massaker in Israel eine weitere bedeutende Komplikation für die israelische Bourgeoisie dar. Leider können die palästinensischen Arbeiter nicht mehr ihren Teil zum Klassenkampf in Israel beitragen, da sie größtenteils inzwischen ohne Arbeit sind und abgeschoben in die Autonomiegebiete. Eine Spaltung, die durch die Errichtung einer dichten Trennmauer zwischen Israel und den Autonomiegebieten noch verstärkt wurde

DIE ARBEITER IM ZANGENGRIFF ZWEIER SCHRECKENSHERRSCHAFTEN

Eingangs wollen wir gleich unsere grundsätzliche Ablehnung gegenüber jeglicher bürgerlichen Lösung des sozialen und zivilen Kriegs in Palästina zum Ausdruck bringen, was die Schaffung eines binationalen Staats (der angesichts der tiefen Spaltung zwischen den Bevölkerungsgruppen ziemlich unwahrscheinlich ist) oder von zwei Staaten (die wahrscheinlichere Variante) einschließt. Nichtsdestotrotz sollte man angesichts des Fehlens einer vereinigten proletarischen Bewegung nicht verhehlen, dass ein Ende der Feindschaft dem Entstehen als nächster Schritt eines entschiedeneren Klassenkampfes in beiden Lagern förderlich ist.

In diesem Sinne kann ein Ende der Kämpfe in ihrer Form, ihrer Organisation und in ihren aktuellen Zielen als für die proletarische Sache vorteilhaft betrachtet werden. Aus diesem Grund sollten Revolutionäre jegliche Desertierung und verweigernde Haltung in beiden Lagern unterstützen, ohne dabei auf die notwendige Kritik der pazifistischen und demokratischen Illusionen zu verzichten, die unweigerlich damit einhergehen.

Der Widerstand gegen die Besatzung und die israelische Spaltung stellt aktuell das zweite Element einer proletarischen Politik in der Region dar. Aber dieser Widerstand sollte nicht wie bisher geführt werden. Er sollte die AntiKriegsaktionen der israelischen Opposition, der israelischen Araber und der Palästinenser in den Lagern in Forderungen und Kampfformen bündeln, die so weit wie

möglich von den Einzelnen geteilt werden. Die blinden terroristischen Attentate stellen heute das Haupthindernis bei der Ausweitung des Kampfes im ganzen Land dar. Die Unterdrückung jeglicher Opposition gegen den Krieg in Israel wird vor allem durch diese schrecklichen antiproletarischen Attacken legitimiert.

Aber all das bleibt nur eine Linderung der Probleme, wenn die Proletarier beider Lager nicht zusammen den Weg des Klassenkampfes finden. Erst dann, wenn die ausgebeuteten Palästinenser die Nationalisten und Religiösen wirklich verjagt haben, die im Namen ihrer herrschenden Klasse handeln und ihre israelischen Klassenbrüder es genauso gemacht haben, wird Krieg, Diskriminierung und Ausbeutung zurückgedrängt werden können. Eine solche Hypothese klingt aktuell wie ein frommer Wunsch. Trotzdem stellt sie den einzigen realistischen Ausweg angesichts der endlosen Zusammenstöße zweier Bevölkerungsgruppen dar, wo deren Fortdauer nichts anderes bedeutet, als die Machterhaltung der Herrschenden auf beiden Seiten.

Im Rückblick gab es auch genügend Beispiele von Versuchen einer politischen Einigung der Proletarier beider Lager. In den 70er Jahren begehren die Schwarzen Panther (eine Bewegung junger sephardischer Juden) gegen den israelischen Staat auf, indem sie ihren palästinensischen Brüdern die Hand reichen. 1982 demonstrieren mehr als 300 000 israelische Pazifisten gegen die Massaker von Sabra und Chatila, die von der christlichen Phalange unter dem Schutze Sharons verübt wurden. Auch in diesem Jahr sind mehrere hundert Soldaten und Offiziere der israelischen Reserve desertiert und haben sich geweigert, "Befriedungs"aktionen gegen palästinensische Zivilisten durchzuführen. Abgesehen von diesen Entwicklungen gibt es für die Ausgebeuteten der Region, wer sie auch sein mögen, nichts als Blut und Artilleriebeschuss.

Brüssel, Paris, 9.11.2002

Kontakt: B.P. 1666, Centre Monnaie, Bruxelles
